

Durch eine offene Debatte Vertrauen zurückgewinnen

Die Vorgänge der letzten Wochen machen deutlich: Die CDU Deutschlands befindet sich in einer existentiellen Bewährungsprobe. Um diese Situation zu bewältigen, hat der Bundesvorstand heute folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Bundesvorstand hat den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young über die Prüfung der beim Bankhaus Georg Hauck & Söhne KGaA, Frankfurt am Main, in den Jahren 1993 bis 1998 für die CDU geführten Treuhandanderkonten,

Einstimmiger Beschluss des Bundesvorstands am 24. Januar in Berlin

die nicht in Rechenschaftsberichten der Partei auftauchen, zur Kenntnis genommen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young nimmt in diesem Bericht auch eine erste Abschätzung für Mittel ungeklärter Herkunft in den Jahren 1989 bis 1992 vor.

Der Bundesvorstand hat ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass die Untersuchungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young keine abschließende Klärung herbeiführen konnten hinsichtlich der Herkunft und Art der Bareinzahlungen, teilweise auch hinsichtlich der Empfänger und des Verpflichtungsgrundes für Barauszahlungen sowie hinsichtlich der Namen von Spendern, soweit angabegemäß Bareinzahlungen auf Spenden zurückzuführen sind.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Prüfungsbericht

In drei entscheidenden Punkten keine abschließende Klärung. Seite 3

● Parteispenden

Wolfgang Schäuble: CDU wird weiter ihren Dienst für unser Land leisten. Rede in der Bundestagsdebatte am 20. Januar. Seite 5

● Zukunftsforum

Erfassung von Unterrichtsausfall einfach abgeschafft. Rühle fordert „Bildungswende“ für Schleswig-Holstein. Seite 9

● CDU und CSU

Die bessere Alternative. Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung. Seite 10

● Renten

10 Forderungen zur Weiterentwicklung der Alterssicherung in Deutschland. Seite 16

● Dokumentation

Aufbruch in die lernende Gesellschaft. Bildungspolitische Leitsätze. Antrag des Bundesvorstands an den 13. Parteitag in Essen. Innenteil

● U*i*D Extra

Bildung – Investition in die Zukunft. Bildungspolitisches Zukunftsforum der CDU in Kiel mit den Reden von Wolfgang Schäuble und Volker Rühle. Innenteil

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundesvorstand dankte den Wirtschaftsprüfern für die schwierige und komplizierte Arbeit der letzten Wochen.

Das System der neben den offiziellen Konten abgewickelten Zahlungsvorgänge war inakzeptabel und verletzte neben dem Parteiengesetz auch die innerparteiliche Demokratie.

2. Angesichts dieser offenen Fragen wird die CDU Deutschlands gegenüber Herrn Weyrauch, Wirtschaftsprüfer Weyrauch & Kapp GmbH, alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eventuell vorhandene weitere Erkenntnisse zu gewinnen. Auch ansonsten wollen wir alle Möglichkeiten der weiteren Gewinnung von Erkenntnissen nutzen. Dazu geben uns nicht zuletzt auch die Vorgänge in der CDU Hessen Anlass.

3. Neben den politischen Folgen müssen wir uns mit erheblichen finanziellen Konsequenzen auseinandersetzen. Dabei gehen wir davon aus, dass im Rahmen der Ermessenserwägungen das Gebot der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Der CDU Deutschlands darf nicht der materielle Boden entzogen werden.

4. Die CDU Deutschlands wird sicherstellen, dass sich derartige Vorgänge in Zukunft nicht wiederholen. Der Bundesvorstand begrüßt deshalb, dass sich Bundespräsident a.D. Professor Dr. Roman Herzog, der frühere Bundesbankpräsident Dr. Hans Tietmeyer sowie der frühere Verfassungsrichter Professor Dr. Paul Kirchhof bereit erklärt haben, auf der Grundlage des Wirtschaftsprüfungsberichtes Vorschläge für künftige Änderungen des Statutes sowie der Beitrags- und Finanzordnung der CDU Deutschlands zu unterbreiten. Ziel muss eine klare Regelung der Verantwortlichkeiten von Personen und Gremien sowie mehr Transparenz sein. Über diese Vorschläge wird der Bundesparteitag in Essen im April beraten.

5. Wir wissen, dass die Ereignisse der letzten Wochen und die hierzu gefassten

Beschlüsse des Bundesvorstandes viele unserer Mitglieder schmerzen. Hierüber und über unsere Wertegrundlagen wollen wir offen und ohne Vorbehalte miteinander diskutieren. Wir werden deshalb in den nächsten Wochen im Vorfeld des Essener Parteitages eine Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen in allen Landesverbänden in ganz Deutschland durchführen und wollen durch eine offene Debatte Vertrauen zurückgewinnen.

6. Nicht nur die Partei, sondern ganz Deutschland nähme Schaden, wenn die CDU Deutschlands ihre Rolle als große Volkspartei der Mitte nicht mehr wahrnehmen könnte. Die CDU Deutschlands wird für unser Land gebraucht. Dazu werden wir eine Kampagne starten, die deutlich macht: „Dieses Land braucht eine starke CDU.“ Dabei werden wir an die über 50jährige Geschichte der Erfolge unserer Arbeit anknüpfen und die Weichen für die CDU des 21. Jahrhunderts stellen.

Die CDU hat die deutsche Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgeblich gestaltet. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl haben als Bundeskanzler diese Zeit nachhaltig geprägt. Die Agenda des 20. Jahrhunderts von Westintegration bis zur europäischen Einigung ist erfüllt. Es war ein über die Maßen erfolgreicher Weg.

Die Agenda des 21. Jahrhunderts knüpft an die Erfolge an. Sie stützt sich auf die stabilen Fundamente, die in den zurückliegenden Jahrzehnten gelegt und zum unbestrittenen Bestandteil der deutschen und europäischen Ordnung geworden sind. Die CDU Deutschlands ist entschlossen, sich dieser Gestaltungsaufgabe für das 21. Jahrhundert zu stellen und damit ihrer Verantwortung für die Zukunft des geeinten Deutschland gerecht zu werden. Wir werden alles unternehmen, um die gegenwärtige Krise zu überwinden und der Partei den Weg zu ihrer Erneuerung und Rückbesinnung auf ihre Grundlagen und Prinzipien zu weisen.

In drei entscheidenden Punkten keine abschließende Klärung

Auftrag und Vorgehensweise:

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young haben am 20. Januar 2000 einen Bericht über die Prüfung der beim Bankhaus Georg Hauck & Söhne KGaA, Frankfurt/Main, in den Jahren 1993 bis 1998 für die CDU-geführten Treuhandkonten vorgelegt.

Ausgangspunkt der Untersuchung waren die von der Weyrauch & Kapp GmbH, Frankfurt/Main, zur Verfügung gestellten Konten. Bei der Prüfung dieser Konten ergaben sich Hinweise auf die Existenz weiterer Konten. Die CDU hat sowohl die Bank als auch die Weyrauch & Kapp GmbH von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden. In der Folge wurden durch die Bank weitere Kontoauszüge und Belege zur Verfügung gestellt. Diese Konten wurden ebenfalls in die Untersuchungen miteinbezogen.

Untersucht werden sollte, ob und wie diese Konten in die Finanzbuchhaltungskon-

Zusammenfassung der Ergebnisse des Berichts der Wirtschaftsprüfer

ten und die Rechenschaftsberichte der CDU Eingang gefunden haben.

Aus den vorgelegten Unterlagen ließen sich insbesondere die Bareinzahlungen und Barauszahlungen nicht hinreichend aufklären. Personen, die zur fraglichen Zeit mit diesen Konten hätten befasst sein können, wurden daher mittels eines Fragebogens befragt. Aus den Antworten auf diese Fragebogenaktion ergaben sich jedoch keine wesentlichen neuen Erkenntnisse, da die Beteiligten weder zu den

Konten noch zu den Bewegungen konkrete Angaben gemacht haben.

Mit den Herren Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl, Walter Leisler Kiep, Dr. Uwe Lühje und Horst Weyrauch wurden darüber hinaus persönliche Gespräche geführt. Von Herrn Terlinden wurde telefonisch Auskunft eingeholt. Die Herren machten hierbei keine Detailangaben zu den Bewegungen auf den Bankkonten.

Herr Weyrauch, der die Treuhandkonten nach seinen eigenen Angaben führte, gab jedoch an, dass ihm keine weiteren Konten bekannt seien.

Mittelherkunft:

Auf den Konten wurde in den Jahren 1993 bis 1998 eine Gesamtsumme von 4.241 ►

Eindeutiges Votum des hessischen Landtags

Mit 56 zu 54 Stimmen haben CDU und FDP geschlossen den Antrag von SPD und Grünen auf Selbstauflösung des hessischen Landtags abgelehnt.

Ministerpräsident Roland Koch und seine Stellvertreterin Ruth Wagner (FDP) begrüßten das Ergebnis und bekräftigten, die Koalition aus CDU und FDP habe einen Wählerauftrag über vier Jahre.

Roland Koch: „Mit dem Instrument von Neuwahlen darf man keine parteipolitischen Spielchen machen. In Hessen gibt es eine absolut handlungsfähige Regierung aus CDU und FDP. Wenn Demoskopie der Maßstab aller Dinge wäre, würde die Regierung Schröder schon vor einem Jahr abgewählt worden sein.“

TDM festgestellt. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Im Zeitraum 1993 bis 1998 sind auf den Konten Mittel in Höhe von 3.397 TDM zugeflossen. Davon konnten Mittel in Höhe von 1.147 TDM geklärt werden. Hierbei handelt es sich um Gelder, die von einem durch die Fraktion geführten Konto übertragen wurden.

Des Weiteren enthält diese Summe aufgelaufene Zinsen und Gebühren in Höhe von 76 TDM.

Ungeklärt bleibt demnach der Mittelzufluss in Höhe von 2.174 TDM. Zudem wiesen die Konten zum 1.1.93 einen ungeklärten Saldo vortrag in Höhe von insgesamt 844 TDM auf.

Mittelverwendung

Die Verwendung der Mittel in Höhe von 4.241 TDM konnte bis auf einen Betrag in Höhe von 130 TDM, wie folgt, geklärt werden:

1. Zum einen wurden Mittel von 1.826 TDM als sonstige Einnahmen im Rechenschaftsbericht der Bundesgeschäftsstelle verbucht. (s. Wirtschaftsprüferbericht S. 9, Sonstige Einnahmen Bundesgeschäftsstelle)

2. Mit 1.683 TDM wurden direkt Rechnungen beglichen. (s. Wirtschaftsprüferbericht S. 9, Rechnungen)

■ Hierbei handelt es sich zum einen um Rechnungen für Wahlkampfaufwendungen der Bundespartei sowie verschiedener Landesverbände in Höhe von insgesamt 1.114 TDM.

■ In Höhe von 449 TDM wurde die Abfindung für Herrn Dr. Lühje beglichen, die in seinem Aufhebungsvertrag festgelegt war.

■ Weyrauch & Kapp hat eines der untersuchten Treuhandanderkonten auch zur Abwicklung eines Teilbetrages der von Herrn Schreiber übergebenen 1 Mio. DM

genutzt. Dabei handelt es sich um rund 120 TDM, mit der eine Anwaltsrechnung bezahlt wurde. Das dabei genutzte Treuhandanderkonto ist der CDU nicht zuzurechnen und ist nur der Vollständigkeit halber aufgeführt worden.

3. Weiterhin wurden zu verschiedenen Zwecken 135 TDM überwiesen und 467 TDM bar gezahlt. (s. Wirtschaftsprüferbericht S. 9, Sonstige Mittel und weitere Verwendung von Barmitteln)

Zusammenfassung:

Zusammenfassend ist auszuführen, dass in drei entscheidenden Punkten keine abschließende Klärung herbeigeführt werden konnte.

- 1.** Herkunft und Art von Teilen der Bar-einzahlungen
- 2.** Teilweise Empfänger und Verpflichtungsgrund für Barauszahlungen
- 3.** Soweit angabegemäß Bareinzahlungen auf Spenden zurückzuführen sind, die Namen der Spender.

Weiterhin bleiben die Einzahlungen der Beträge in Schweizer Franken in Höhe von TDM 94 im Jahre 1998 ungeklärt, da zu der Herkunft der Gelder keine Angaben gemacht wurden.

Die Saldo-Vorträge zum 1.1.1993 sollen durch die noch laufenden Untersuchungen der Jahre 1989 bis 1992 soweit wie möglich aufgeklärt werden. Aus den den Wirtschaftsprüfern für diesen Zeitraum vorliegenden Konten ergeben sich derzeit Mittelzuflüsse unbekannter Herkunft in einer Größenordnung in Höhe von ca. 10 Mio. DM. Ein Teilbetrag ist in der Folge auf Konten der Bundesgeschäftsstelle übertragen und in den Rechenschaftsberichten als sonstige Einnahme ausgewiesen worden.

Ob die Verbuchung als sonstige Einnahme zutreffend gewesen ist, dürfte aufgrund fehlender Belege nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist schwer nachprüfbar sein. ■

Wolfgang Schäuble:

CDU wird weiter ihren Dienst für unser Land leisten

In der Debatte des Deutschen Bundestages zu Parteispenden am 20. Januar führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, u.a. folgendes aus:

Es ist eine ungewöhnlich schwierige Stunde für einen Vorsitzenden der CDU Deutschlands und einen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Debatte ist auf der einen Seite zu früh, um zum Sachverhalt abschließende Auskünfte zu geben und Feststellungen zu machen. Eines der Probleme, mit dem wir seit Wochen zu tun haben, ist ja, dass wir von Woche zu Woche neue Erfahrungen machen und Erkenntnisse gewinnen müssen, von denen wir selber mehr entsetzt und betroffen sind als irgendjemand sonst.

Gleichwohl ist die Debatte auch zu diesem Zeitpunkt notwendig – deswegen habe ich ihr auch sofort zugestimmt –, weil sie mir Gelegenheit bietet, mich heute und in diesem Stadium des Verfahrens für die CDU Deutschlands dafür zu entschuldigen, dass in unserer Verantwortung ganz offensichtlich gegen Gesetze verstoßen worden ist und dass wir Vertrauen in die Integrität demokratischer Parteien und Institutionen beschädigt haben.

Ich füge auch gleich hinzu: Heute haben wir alle miteinander vielleicht das Gefühl, dass sich dieses Thema gar nicht so sehr zum Streit zwischen den Parteien eignet. Ich sage dies, obwohl ich finde, Herr Kollege Struck, dass Sie ein bisschen viel Unterschiedliches zusammengemührt haben.

Die Versuchung liegt wohl so nahe, dass man ihr nur schwer widerstehen kann.

Bedauern und Entschuldigung

Als wir vor ein paar Wochen, Anfang Dezember, darüber diskutiert haben, war die Atmosphäre in diesem Hause sehr viel lebhafter. Dabei ist mir passiert – dafür möchte ich mich entschuldigen, Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen –, dass ich auf Zurufe aus den Reihen der Regierungskoalition nicht so reagiert habe, wie ich hätte reagieren müssen. Ich bedauere das und entschuldige mich dafür.

Wenn es Ihnen so ernst ist, wie es der Kollege Struck eben gesagt hat und wie es uns ist, möchte ich dafür werben, dass wir die Dinge ein wenig nach den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und ein wenig nach den Regeln von Wahrheit, Klarheit und Fairness sauber voneinander trennen. Das wird wohl nicht zu viel verlangt sein.

Deswegen sage ich noch einmal in aller Klarheit: Ich lege zunächst einmal Wert auf die Feststellung – sie ist bis zu dieser Minute von niemandem in Frage gestellt worden –, dass seit der Zeit, in der ich Vorsitzender der CDU Deutschlands bin, Angela Merkel Generalsekretärin und Matthias Wissmann Schatzmeister sind – das ist seit dem 7. November 1998 der Fall –, auch nicht der geringste Anlass für irgendeinen Zweifel besteht, dass wir uns in unserer eigenen Verantwortung nicht an jede gesetzliche Bestimmung gehalten haben.

Seit dem 2. Dezember, als wir das diskutiert haben, was wir damals erfahren ha-

ben, haben wir Schritt für Schritt Erkenntnisse bekommen, die uns – ich sage noch einmal – mehr betroffen und entsetzt haben als irgendjemand sonst. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Ich habe nach jener Debatte, die Sie gerade zitiert haben und die ich, wie Sie wissen, im Krankenhaus verfolgt habe, das Einvernehmen mit meinem Amtsvorgänger hergestellt, dass wir alle Unterlagen aus vergangenen Zeiten von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft anfordern und bekommen. Wir haben sie ja von der Staatsanwaltschaft nach den Bestimmungen der Prozessordnung nicht bekommen.

Als ich am Freitag jener Woche die ersten Unterlagen gesehen habe, habe ich unverzüglich reagiert. Ich habe gesehen, dass dieses System mit den vielen Konten ein System war, von dem keiner gewusst hat außer denen, die genannt worden sind. Ich kenne jedenfalls niemanden, der davon gewusst hat. Ich sage auch: Diejenigen, die davon gewusst haben, haben ja auch gesagt, sie hätten alles darauf angelegt – so ist ein solches System –, dass andere davon keine Kenntnis hatten. Das letzte Konto dieser Art ist ja auch geschlossen worden, um die neue Parteiführung nicht zu unterrichten.

Aufklärung so gut und so energisch, wie es irgend geht

Wir haben uns an die Aufklärung gemacht, so gut und so energisch, wie es irgend geht. Wir sind damit noch nicht am Ende. Wir haben Wirtschaftsprüfer beauftragt und ihnen alle Informationen zur Verfügung gestellt. Ich habe zu keinem Zeitpunkt irgend etwas zurückgehalten. Diese Wirtschaftsprüfer werden uns heute oder morgen ihren Bericht für die Jahre 1993 bis 1998 vorlegen. Das sind die sechs Jahre, die im Parteiengesetz als Frist für die Aufbewahrung von Belegen vorgesehen ist. Die Unterlagen sind unvollständig; die Antworten haben wir nicht vollständig bekommen.

Diese CDU Deutschlands, übrigens auch diese Bundesrepublik Deutschland, ist in einem erheblichen Maße durch die Leistungen von Helmut Kohl geprägt. Wenn wir über Verhältnismäßigkeit reden, dann sage ich Ihnen auch: Bei allen Verstößen, die Thema dieser Debatte sind, die weiter aufgeklärt werden müssen und die möglicherweise abschließend festgestellt werden, wird das nichts an dem geschichtlichen Werk ändern, das unter der Führung von Helmut Kohl für dieses Land erreicht worden ist.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stunde ist wirklich ernst, und Sie werden mich nicht davon abbringen, dem Ernst dieser Stunde Rechnung zu tragen, wie immer Sie sich verhalten. Ich kann das verstehen, aber ich sage Ihnen: Schadenfreude und Häme sind schlechte Ratgeber. Das wird Ihnen nicht viel nutzen.

Wenn die Wahrheit so wichtig ist – und sie ist wichtiger, als wir es vielleicht vor ein paar Wochen noch begriffen haben –, dann sage ich auch dieses: Ich bin über das Wochenende zu der Überzeugung gelangt, dass ich vielleicht am besten helfen kann, dass ich meiner Partei, meiner Gemeinschaft, auch in ihrer Funktion für unsere Demokratie, die Kollege Struck gerade beschrieben hat, den besten Dienst tun kann – weil ich ja nun mit der engsten Mitarbeiter in den 16 Jahren der Kanzlerschaft von Helmut Kohl gewesen bin –, indem ich sage: Ich möchte zurücktreten. Das war der Entschluss, mit dem ich am Montag hierher gekommen bin. Damit das klar ist, das ist ja auch bekannt. Warum soll ich darüber nicht reden? Ich habe gesagt: Jeder muss sich seiner Verantwortung in dieser Lage stellen.

Wichtiger ist das, was unsere politische Gemeinschaft für diese Demokratie und für dieses Land zu leisten hat. Das ist meine Priorität, von der ich mich leiten lasse und die ich mir von niemandem in Frage

stellen lasse. Deswegen habe ich diese Entscheidung getroffen. Ich habe mich zunächst einmal umstimmen lassen, dass ich über diese Frage mit meinen Freunden in der engsten Führung der Partei, im Präsidium der CDU, diskutiere. Aber ich bin nicht ins Präsidium gegangen, um zu sagen: Wenn ihr wollt, dass ich zurücktrete, dann trete ich zurück. Ich habe gesagt: Ich will zurücktreten; aber lasst uns darüber reden, was der beste Weg ist.

Zuvor habe ich ein Gespräch mit Helmut Kohl geführt; auch dies will ich sagen. Ich habe ihm gesagt: Ich glaube – jedenfalls nach dem Eindruck, der in breiten Kreisen der Bevölkerung entstanden ist, gerade auch durch die neue Dimension, die der Schock der hessischen Erfahrungen ausgelöst hat, bis zu dem entsetzlichen Punkt, für den sich die hessische CDU genauso wie die CDU Deutschlands entschuldigt hat, dass jüdische Mitbürger ohne jede Verantwortung hier in eine komische Debatte und in Gerüchte hineingezogen worden sind –: Angesichts dieser neuen Dimension muss mehr geleistet werden, auch von Helmut Kohl, um den eingetretenen und noch drohenden Schaden von unserem Land abzuwenden – mit der Fähigkeit unserer Partei, diesen Dienst für das Land zu leisten.

Darüber habe ich mit ihm geredet, so offen wie man nur reden kann. Und ich habe ihm auch gesagt: Wenn er diesen Schritt, – ich kann ihn ja nicht zwingen –, nicht leistet, dann ist meine Überzeugung, dass ich den Weg gehen werde, wie ich es vorgesehen habe. Das habe ich ihm gesagt. Das hat ihn auch nicht bewogen, das hat auch nichts geändert. Dann bin ich in die Sitzung gegangen, und dann hat das Präsidium der CDU Deutschlands gesagt: So geht das nicht, dann treten wir alle zurück, nicht einer allein. Du hast einen Fehler gemacht – das habe ich, ich habe mich auch entschuldigt –, aber du hast nicht gegen

Gesetze verstoßen, du hast unser Vertrauen, du wirst gebraucht.

Wir werden alles, was in unserer Kräften steht, tun, damit so vollständig, wie es irgend möglich ist, Klarheit geschaffen wird. Es wird alles, was wir tun können, getan, damit Verstöße, wenn sie stattgefunden haben, benannt werden. Dann werden wir die Konsequenzen dafür tragen müssen, und wir tragen sie auch.

Zwei Arten von Konsequenzen

Es gibt übrigens zwei Arten von Konsequenzen für Verstöße, die in der Verantwortung einer Partei begangen worden sind. Die eine Konsequenz ist, dass man politisch dafür die Verantwortung tragen muss. Das ist bitter, und das spüren wir schon. Damit tragen wir schon eine ganze Menge von Konsequenzen für Verstöße, auch wenn sie noch nicht abschließend festgestellt sind.

Der zweite Punkt werden die finanziellen Konsequenzen sein, die das Parteiengesetz vorsieht und über die dann gesprochen und gegebenenfalls auch gestritten werden muss. Auch das werden wir tragen.

Dann werden wir etwas Drittes tun. Das eine haben wir schon getan. Seit ich als Parteivorsitzender mit meinen Freunden Verantwortung für die Partei trage, sind solche Verstöße nicht vorgekommen. Aber wir werden auf der Grundlage der Erfahrungen, die wir jeden Tag oder jedenfalls jede Woche neu machen, auch sehr intensiv darüber nachdenken und reden, wie wir für die Zukunft ausschließen können, dass sich Derartiges wiederholen kann.

Deswegen sage ich auch: Ich bin sehr dankbar, dass sich der frühere Bundespräsident Professor Herzog, der frühere Bundesbankpräsident Professor Tietmeyer und der frühere Verfassungsrichter Professor Kirchhof auf meine Bitte hin spontan bereit erklärt haben, der CDU Deutschlands beratend zur Verfügung zu stehen, wenn

es darum geht, auf der Grundlage der durch die Wirtschaftsprüfer festzustellenden Sachverhalte und Probleme Ratschläge zu geben, wie wir für die Zukunft Wiederholungen oder Vergleichbares ausschließen können.

Über Umgehungsmöglichkeiten miteinander unterhalten

Ich höre den Zwischenruf: „Einfach Gesetze beachten“. Das ist wahr, aber ich sage Ihnen: Es wird damit sein Bewenden nicht haben. Ich sage Ihnen zwei Beispiele, zwei Themen, über die dann auch geredet werden muss. Wir werden uns über Umgehungsmöglichkeiten schon miteinander zu unterhalten haben. Uns ist vorgeworfen worden – für diesen Vorwurf gibt es keinen Anhaltspunkt, aber natürlich werden entsprechende Fragen gestellt; auch da versuchen wir, versucht Joachim Hörster, so aufzuklären, wie es irgend möglich ist, auch in die Vergangenheit –, dass wir Mittel, die in der Fraktion durch Beiträge der CDU-Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion angesammelt worden sind, der Partei zur Verfügung gestellt haben. Das war die Diskussion über den Jahreswechsel hinweg.

Es ist auf den Sinn der gesetzlichen Regelungen hingewiesen worden, dass gemeinnützige Organisationen, die selber steuerbegünstigt Spenden annehmen können, Parteien keine Mittel zur Verfügung stellen dürfen, weil dadurch eine Umgehungsmöglichkeit geschaffen würde. Jetzt sage ich Ihnen: Wenn das so ist, muss natürlich über die Frage von Umgehungsmöglichkeiten gesprochen werden.

Wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahr 1998 nach eigenen Angaben mit Eigeninitiativen bis zu 10 Millionen DM für den Wahlkampf der Sozialdemokraten ausgegeben hat, ist dies eine Umgehung. Weil Sie sich dagegen wehren, sage ich einen zweiten Punkt, und zwar zu Ihrem

Parteivorsitzenden Schröder: Am Tag vor der Landtagswahl in Niedersachsen im Jahre 1998 ist in großen Zeitungen von einem anonymen Auftraggeber für einen geschätzten Betrag von, glaube ich, 800.000 DM eine Anzeige mit seinem Bild und dem Text geschaltet worden: „Ein Niedersachsen muss Kanzler werden.“ Das war Wahlkampf für die Sozialdemokraten. Korrekt hätte dieser Anonymus der SPD eine Spende in der Höhe dieser Anzeigen machen müssen.

Ich verstehe Ihre Erregung schon. Sie steht in einem für jedermann offensichtlichen Widerspruch zu der angeblichen Betroffenheit über die Schwierigkeiten der CDU Deutschlands. Nein, wenn wir darüber reden, dass für die Zukunft aus den Erfahrungen gelernt werden muss, müssen wir auch Umgehungsmöglichkeiten bedenken und ausschließen.

Jeder Mensch in unserem Lande, der diese Debatte verfolgt, wird nicht bezweifeln und nicht bestreiten können, dass ich in allem Ernst sage: Es gibt in der Verantwortung der CDU schwerwiegende Verstöße, für die wir die Verantwortung tragen, für die ich mich entschuldigt habe, die wir abschließend mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, aufklären werden, die uns zu einem schmerzlichen Prozess gebracht haben, der dazu geführt hat, dass wir keinen Ehrengewählten mehr haben; von denen ich Ihnen sage, dass es in meiner Amtszeit für entsprechende Verstöße keinen Anhaltspunkt gibt, und für die ich Ihnen zusage, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, um nicht nur aufzuklären, sondern auch für die Zukunft auszuschließen, dass es Wiederholungen gibt.

Ich habe mich für die Verstöße, die in der Verantwortung der CDU begangen worden sind, entschuldigt und zugesagt, dass wir alles tun werden, dass sich so etwas nicht wiederholen wird. Aber ich sage Ihnen auch – das war ebenso meine Ent-

Erfassung von Unterrichtsausfall einfach abgeschafft

Über die Zukunft von Schule und Hochschule diskutierten fast 500 Teilnehmer in Kiel auf dem bildungspolitischen Zukunftsforum der CDU am 22. Januar.

In seiner Rede „Bildung für das 21. Jahrhundert“ verwies der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble auf die nicht eingehaltenen Versprechen der rot-grünen Bundesregierung. Bundeskanzler Gerhard Schröder habe noch 1998 versprochen, die Ausgaben für Forschung und Bildung im Laufe der nächsten fünf Jahre zu verdoppeln. Nun werde der Bildungsetat um 340 Mio. DM für das Jahr 2000 gekürzt.

„Und bei der in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Steigerung von lediglich 900 Mio. DM bis zum Jahr 2003, kann von einer Verdoppelung der Bildungsinvestitionen wirklich keine Rede sein,“ kritisierte der Parteivorsitzende.

Volker Rühle, CDU-Spitzenkandidat im nördlichsten Bundesland, forderte eine „Bildungswende“ für Schleswig-

Holstein. Er prangerte die eklatanten Versäumnisse der SPD Landesregierung in der Schulpolitik an und verwies auf die hohe Zahl nicht erteilter Schulstunden. Um das eigene Versagen in diesem Punkt zu vertuschen, habe die schleswig-holsteinische Landesregierung die statistische Erfassung von Unterrichtsausfall einfach abgeschafft.

„Die Wissensgesellschaft erfordert eine neue Bildungspolitik“ – unter dieser Überschrift hat das Zukunftsforum in Kiel zehn Thesen verabschiedet, die kulturelle Teilhabe und berufliche Perspektive für alle durch Bildung zu einer zentralen gesellschaftspolitischen Aufgabe erklären.

Die Reden von Wolfgang Schäuble und Volker Rühle finden Sie im Innenteil dieser Ausgabe (UiD Extra). Sie können sie aber auch in unserem Internet-Angebot abrufen. Hier finden Sie im Rahmen des Projekts 21 auch weitere Informationen zum Thema Bildungspolitik.

scheidung; ich habe Ihnen von meinen persönlichen Erfahrungen dieser Woche so offen berichtet, wie man es vielleicht gar nicht tun sollte –: Ich und meine Freunde leisten diesen Dienst, weil wir wissen und wollen, dass diese Christlich Demokratische Union auch in der Zukunft als große, zur Mitte hin integrierende Volkspartei ihren Dienst für diese unsere Demokratie und unser Land leisten wird. Sie können sich darauf verlassen, dass wir das tun werden. Wir werden nicht zulassen, dass der politische Wettbewerb in unserem Lan-

de um den richtigen Weg und die bessere Politik auf längere Zeit ausgesetzt wird.

Das sind die Schwierigkeiten, in denen wir im Moment stecken. Ich kann verstehen, dass Sie diese Schwierigkeiten gerne noch ein bisschen länger haben wollen. Wir werden uns, wenn wir dies geklärt haben, mit allem Selbstbewusstsein weiterhin dem Dienst für unser Land stellen, der in dem Wettbewerb der Parteien und Politiken über den besseren Weg für die Zukunft unseres Landes besteht. ■

Die bessere Alternative

Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung

Die Vorsitzenden der gemeinsamen Steuerkommission von CDU und CSU, Friedrich Merz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Bayerischer Statsminister der Finanzen erklärten:

Deutschland braucht eine durchgreifende Steuerreform. Hohe Steuersätze und eine zu hohe Steuerlast hemmen die wirtschaftliche Dynamik, engen Spielräume für Eigeninitiative ein und mindern die Leistungsbereitschaft der Bürger. Nur durch deutliche Steuersenkungen schaffen wir die Grundlagen für mehr Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze.

Rot-Grün stellt Weichen falsch

Die Steuervorschläge der rot-grünen Koalition stellen die Weichen falsch. Die versprochene Nettoentlastung ist eine Mogelpackung. Was dem Bürger als Nettoentlastung verkauft wird, zieht Rot-Grün ihm über die sogenannte Ökosteuer zum großen Teil wieder aus der Tasche. Die Regierungspläne sind zaghaft und bleiben Stückwerk. Die Steuersystematik bleibt auf der Strecke. Vom Ziel der Steuereinfachung ist man weiter entfernt denn je. Die Steuersatzsenkungen werden über viele Jahre verteilt: Eichels Konzept ist eine Stotter-Reform. Der Mittelstand wird massiv benachteiligt, die notwendige breite Entlastung aller Steuerzahler bleibt aus.

Das steuerpolitische Konzept von CDU und CSU ist die bessere Alternative,

- weil es netto mehr entlastet als das Konzept der Bundesregierung;

- weil es schneller wirkt als das Konzept der Bundesregierung;
- weil es alle Einkommensbezieher gerecht entlastet;
- weil es vor allem den Mittelstand entlastet und die Personenunternehmen nicht diskriminiert;
- weil es kleine Aktionäre nicht benachteiligt;
- weil es die Körperschaften ohne ökonomisch fragwürdigen Systemwechsel entlastet;
- weil es eine klare und einfache Besteuerung der Zinseinkünfte bringt.

Die bessere Alternative entlastet in zwei Stufen:

- 2001: 33,5 Mrd DM netto
- 2003: 17 Mrd DM netto

Das bedeutet: Unser Konzept kommt schneller und wirkt schneller.

Alle Steuerzahler werden gleichmäßig entlastet

- um durchschnittlich mindestens 25% (gegenüber Tarif 2000);
- durch eine kräftige Absenkung der Steuersätze bei der Einkommensteuer über den gesamten Tarifverlauf, d.h. vom Eingangsteuersatz (15%) bis zum Spitzensteuersatz (35%).

Entlastung aller Unternehmen ohne unnötigen Systemwechsel

- Unser Konzept ist nicht nur eine Reform für große Kapitalgesellschaften, sondern für alle Betriebe.

Betriebliche Alterssicherung stärken

Zur Vorstellung eines Eckpunktepapiers zur Stärkung der betrieblichen Alterssicherung erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann:

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht sich dafür stark, dass die Rahmenbedingungen für die betriebliche Alterssicherung verbessert werden. Dafür sind arbeits- und steuerrechtliche Maßnahmen notwendig.

Zur Zeit ist ein rückläufiger Trend bei der zweiten Säule der Altersvorsorge in Deutschland zu verzeichnen: Immer weniger Menschen, die in der Privatwirtschaft beschäftigt sind, erhalten eine Zusage auf eine Betriebsrente. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken. Wir glauben, dass der Staat hier auch deshalb eine große Verpflichtung hat, weil er selbst als Arbeitgeber sei-

nen eigenen Beschäftigten eine großzügige Zusatzversorgung gewährt.

Die christlich-liberale Koalition hat im Rahmen des Rentenreformgesetzes bereits erste Schritte zur Verbesserung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen unternommen. Wir fordern weitere Schritte, um die Betriebsrenten-Zusagen insbesondere besser kalkulierbar zu machen. So treten wir dafür ein, dass reine Beitragszusagen ermöglicht werden. Die Verpflichtungen des Arbeitgebers aus einer Versorgungszusage sollen mit der Zahlung eines Beitrags erledigt sein.

Wir treten überdies dafür ein, dass die betriebliche Altersversorgung in allen ihren Durchführungswegen nachgelagert besteuert wird. Das heißt, dass die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung für den Arbeitnehmer steuerfrei bleiben, während die Betriebsrente selbst, bis auf einen Freibetrag, der Steuer unterliegt.

■ Die Gesamtsteuerbelastung von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen sinkt auf etwa 39% .

■ Wir bieten eine überzeugende Entlastung gerade für den Mittelstand

▶ durch einen Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von 35% (Rotgrün: 45%),

▶ durch Erreichen dieses Spitzensteuersatzes erst bei 110 000 / 220 000 DM (ledig / verheiratet), statt 98 000 DM / 196 000 DM bei Rot-Grün,

▶ durch einen flacheren Progressionsverlauf.

■ Der Körperschaftsteuersatz wird für einbehaltene Gewinn auf 30% und für ausgeschüttete Gewinne auf 25% gesenkt.

Das sind international attraktive Steuersätze.

■ Die Beibehaltung des bewährten Vollanrechnungsverfahrens stellt sicher, daß Kleinaktionäre nicht benachteiligt werden.

Ausgewogene Finanzierung

Bei einer Bruttoentlastung in zwei Stufen von 78 Mrd. DM. werden 27,5 Mrd. DM gegenfinanziert. Eine rasche und mutige Senkung der Steuerlast hat einen erheblichen Wachstumseffekt, Schwarzarbeit wird unattraktiver, die Steuerehrlichkeit nimmt zu.

Das vollständige Steuerreform-Konzept von CDU und CSU mit einer Übersicht über die Finanzierung finden Sie im Internet: www.cdu.de/infonet.

STEUERN

Wieder da

Die CDU erbrachte jetzt den Beweis, dass sie trotz aller Affären die Sachpolitik nicht völlig aus den Augen verloren hat. Seit Monaten bastelte sie mit der CSU an einem gemeinsamen Steuerkonzept, das offiziell vorgestellt worden ist. Es trägt zu Recht den Namen „Die bessere Alternative“.

Um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und Arbeitsplätze zu schaffen, will die Union Bürger und Unternehmen in den kommenden drei Jahren um netto 50 Milliarden Mark entlasten. Die Regierung hält mit 42,5 Milliarden Mark dagegen. Doch die verteilen sich über die Jahre 2001 bis 2005. Und obendrein kommt der Großteil der Steuerzahler – wenn überhaupt – erst am Ende dieser Durststrecke in den Genuss der Entlastung.

Während Rot-Grün bei der Senkung der Einkommensteuersätze bei 45 Prozent in der Spitze stehen bleibt, geht die Union auf 35 Prozent. Damit schlägt sie gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe. Zum einen erfüllt sie das Gebot der gleichmäßigen Besteuerung aller Einkunftsarten. Dagegen steuert Rot-Grün durch die Spreizung zwischen Unternehmen- und Einkommensteuer sehenden Auges

auf eine Verfassungsklage zu. Zum anderen kommt auch der Mittelstand auf seine Kosten. Dieses Ziel erreicht Finanzminister Eichel nur über Umwege, die in der Summe das Steuersystem noch komplizierter machen, als es schon ist.

Unterm Strich beweist die Opposition mit ihrem Konzept mehr Mut. **Die Welt**

Wert an sich

Für das Steuerkonzept der Union spricht, verglichen mit dem rot-grünen Reformplan, vor allem eines: Es bewahrt kleine und mittlere Unternehmen vor der schwierigen Opposition, sich zwischen der Veranlagung nach dem Einkommensteuer- oder dem Körperschaftsteuerrecht entscheiden zu müssen. Dies ist angesichts der ohnehin viel zu verworrenen Vorschriften bereits ein Wert an sich. Und eine wichtige Voraussetzung für die Vereinfachung wird durch den Höchststeuersatz von nur 35 Prozent – gegenüber 45 Prozent im Regierungsentwurf – erfüllt.

Neue Osnabrücker**NRW****Dienstflüge**

Wenn man die Definition akzeptiert, die die Anwälte von Bundespräsident Johannes Rau über die Dienstplichten eines Ministerpräsidenten bei seiner Erfüllung berechtigter Er-

wartungen aus dem Volk dem Untersuchungsausschuss des Düsseldorf-Landtags präsentierten – dann, aber nur dann, ist Rau aus dem Schneider.

Schwierigkeiten, diese Lesart aus Berlin zu akzeptieren, hat aber nicht nur die oppositionelle CDU in Nordrhein-Westfalen. Selbst Raus Amtsnachfolger Clement hatte unlängst im Landtag erklärt, dass „Parteitermine“ in seiner Sicht der Dinge nicht zu den Dienstgeschäften eines Ministerpräsidenten zählen. Rau hat sich wohl nie zu „reinen“ Parteiterminen in den Charter-Jets der Westdeutschen Landesbank fliegen lassen. Er wusste stets das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Manchmal freiwillig, manchmal vom Terminkalender gezwungen. Der damalige Landesvater fand diese Praxis in seinem allumfassenden Dienstverständnis ganz normal.

Dass es so ganz normal nicht gewesen sein kann, beweist nicht nur die Tatsache, dass Rau diese Fliegerei noch als Ministerpräsident mit Hilfe seines damaligen Chefs der Staatskanzlei im Landtag zu vernebeln versuchte. Gegen solche Normalität spricht auch, dass Raus Amtsnachfolger Clement auf die fliegerischen Hilfsdienste der WestLB verzichtete.

Frankfurter Rundschau

Die Familie ist der Spielball der Bundesregierung

Zu den Forderungen der Familienministerin Bergmann und zur Finanzierung der geplanten Erhöhung der Bundesausbildungsförderung durch die Bundesregierung erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:

Ich halte es für unakzeptabel, dass die Bundesregierung ständig eine finanzielle Entlastung der Familien in Deutschland verspricht, dieses Vorhaben aber sofort zur Disposition stellt, wenn an anderer Stelle Geld fehlt.

Noch am 19. Januar dieses Jahres wurde in der Presse von einer Forderung der Bundesfamilienministerin berichtet, die Familien weiter zu entlasten.

Finanzminister Eichel hatte bereits im Dezember 1999 eine systematische Erhöhung des Kindergeldes versprochen.

Nachdem es die Bundesregierung nun gerade noch geschafft hat, durch ihr Einschwenken auf den BAföG-Kurs der Union ihr Gesicht halbwegs zu wahren, ist nun die Finanzierung der BAföG-Reform mit Mitteln in Höhe von 500 Mio. DM beabsichtigt, die im Haushalt für weitere Familienentlastungen vorgesehen waren.

So wird von der Bundesregierung ein Versprechen mit dem Geld für ein anderes Versprechen finanziert und ein weiterer Wählerbetrug begangen, den die Familien auszubaden haben.

Zahl der Landwirtschaftsbetriebe deutlich gesunken

In den 90er Jahren haben sich nach ersten Ergebnissen der Landwirtschaftszählung vom Mai vergangenen Jahres erhebliche Wandlungen vollzogen. Die Zahl der Betriebe verringerte sich seit 1991 deutschlandweit um rund 30 Prozent auf 465.000.

Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte vermindert sich um knapp ein Viertel auf rund 1,4 Millionen Personen. Das sind Eckdaten aus der Erhebung, die durch Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vorgetragen

wurden. Im Altbundesgebiet und in den neuen Ländern sind dabei teilweise gegenläufige Entwicklungen abzusehen. Weitere Details und Schlussfolgerungen will die Bundesregierung in dem für den 15. Februar angekündigten Agrarbericht vorlegen.

Im Westen ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Zeitraum um fast 200.000 auf 435.000 zurück. Die durchschnittliche Flächenausstattung erhöhte sich aber von 22 auf 29 Hektar. In den neuen Bundesländern gab es 1999 rund 30.000 landwirtschaftliche Betriebe (1991: 21.700).

Peter Müller, saarländischer Ministerpräsident:

Reines Abkassiermodell

Die Idee des ökologischen und sozialen Umbaus unseres Steuersystems ist richtig. Das Etikett einer Ökosteuer ist positiv besetzt. Weil das so ist, muss die Frage erlaubt sein, ob dort, wo „Ökosteuer“ draufsteht, auch „Ökosteuer“ drin ist. Das, was Sie vorgelegt haben, ist weder „öko“ noch „logisch“ noch sozial, und es hat mit der Idee einer ökologischen Veränderung unseres Steuersystems nichts zu tun.

Ich will Ihnen gerne begründen, warum das so ist. Das Wesen einer ökologischen Steuerreform ist doch wohl die Erzielung ökologischer Lenkungseffekte. Einen ökologischen Lenkungseffekt erzielt man dadurch, dass die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen nicht mehr kostenfrei, sondern zu kostenechten Preisen erfolgt, dass dadurch Sparanreize gesetzt werden und eine Umweltrendite dergestalt erzielt wird, dass der Umweltverbrauch und damit zwingend auch das Aufkommen der Steuer zurückgeht.

Perversion der Idee

Was bieten sie uns aber anstelle von kostenechten Preisen an? Sie bieten uns an, dass diejenigen, die die natürliche Lebensgrundlagen in besonderem Umfang in Anspruch nehmen und besonders viel Energie verbrauchen, etwa das produzierende Gewerbe, – relativ gesehen – deutlich weniger zahlen als der Normalverbraucher, der die Umwelt weniger in Anspruch nimmt. Das ist die Perversion der Idee einer ökologischen Steuerreform. Zweitens. Maßstab für die Bemessung der Steuer müssten doch die Höhe und der Umfang der verursachten Emission sein. Damit ist

aber überhaupt nicht vereinbar, dass die CO₂-Bilanz bei der Bemessung Ihres Ökosteuermodells überhaupt keine Rolle spielt. Drittens. Vor allem kalkulieren Sie mit einem stabilen Aufkommen aus dieser Ökosteuer. Sie rechnen mit Jahr für Jahr zusätzlichen Einnahmen für den Bundeshaushalt, weil Sie damit Sozialversicherungsbeiträge stabilisieren wollen. Das hat zur Voraussetzung, dass ökologische Len-

Haltung der Bundesregierung zu Verwendung und Verfassungsmäßigkeiten der Benzin- und Stromsteuererhöhungen zum 1. Januar 2000 sowie den beschlossenen weiteren Steuererhöhungsstufen: Aktuelle Stunde auf Verlangen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

kungseffekte nicht eintreten. Sie sind darauf angewiesen, dass nicht weniger Energie verbraucht wird, weil sonst Ihre Rechnung nicht mehr aufgeht.

Wer gewinnt?

Weil das so ist, sollten Sie das Gesetz vielleicht „Gesetz zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge“ nennen. Bei einem Gesetz zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge muss die Frage erlaubt sein, wer davon profitiert und einen Vorteil hat. Wer gewinnt? Gewinner sind diejenigen, bei denen die Entlastung durch geringere Sozialversicherungsbeiträge höher ist als die zusätzliche Belastung über höhere Steuern. Gewinner ist aber auch der Bund. Sie wollen die Sozialversicherungsbeiträge stabilisieren und sogar eine Senkung um einen Prozentpunkt erwirtschaften. Diesem

entspricht etwa ein Betrag von 20 Mrd. DM. Für das Jahr 2003 erwarten Sie ein Aufkommen in Höhe von 35 Mrd. DM.

Es geht also in allererster Linie darum, zusätzliche Handlungsspielräume zu erwirtschaften, um Haushaltslöcher zu stopfen. Verlierer sind diejenigen, die diese Steuer, die Sie Ökosteuer nennen, zahlen müssen, ohne selber entlastet zu werden. Das sind Studenten, viele Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger, Beamte und Selbstständige. Die Arbeitslosen heranzuziehen, um die Sozialversicherungssysteme derjenigen zu stabilisieren, die Arbeit haben, ist sozial nicht ausgewogen, sondern ungerecht. Deshalb kann ich sagen, dass diese Steuer unsozial ausgestaltet ist.

Gerechtigkeitsprobleme

Sie bekommen weitere Gleichheits- und Gerechtigkeitsprobleme. Die umfangreichen Ausnahmen, die Sie auf der einen Seite vorsehen, rechtfertigen nicht, an anderen Stellen die Steuern in vollem Umfange zu erheben. Es wurden die Bauern angesprochen. Herr Funke hat jetzt erklärt, dass man

hier natürlich etwas machen müsse. Herr Eichel hat sich kryptisch geäußert. Im Zweifelsfalle müssen Sie einen weiteren Ausnahmestatbestand schaffen. Das Ergebnis davon wären mehr Bürokratie, noch unüberschaubarere Regelwerke, noch weniger systematische Gerechtigkeit. Was machen Sie mit den Speditionsunternehmen, die mit enorm niedrigen Umsatzrenditen arbeiten? Jeder Lkw wird pro Jahr bei jeder Stufe mit 2 800 DM zusätzlich belastet.

Sozial unausgewogen

Was Sie hier vorlegen, ist ein reines Abkassiermodell. Am 6. September 1998 hat Bundeskanzler Schröder gesagt, mit 6 Pfennig mehr beim Benzin sei das Ende der Fahnenstange erreicht. Mittlerweile sind es 14 Pfennig mehr. Wenn es nach Ihren Plänen geht, werden es im Jahr 2003 35 Pfennig mehr sein. Das Wort dieses Kanzlers scheint nicht viel wert zu sein. Das, was Sie unter dem Etikett „Ökosteuer“ vorlegen, bringt keine ökologischen Lenkungseffekte, es ist wettbewerbsfeindlich, es gefährdet Existenzen und es ist sozial unausgewogen. ■

Bundesregierung schwenkt beim BaföG auf CDU-Linie ein

Im Rahmen der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zum Thema „BaföG“ erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung, Thomas Rachel:

Die CDU ist der eigentliche Gewinner des regierungsinternen Streits um das Thema BaföG-Reform. Von der Opposition unter Druck gesetzt, hat Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn jetzt in einer Pressekonferenz ihren Kurswechsel beim BaföG angekündigt. Grundpfeiler der heute angekündigten rot-grünen BaföG-Re-

form-Überlegung ist es, das Kindergeld im Rahmen der Bedürftigkeitssprüfung beim BaföG nicht mehr als Einkommen anzurechnen. Genau dies ist der Vorschlag des Unions-BaföG-Antags, der dem Parlament bereits seit November vergangenen Jahres vorliegt.

Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung auf den Kurs der CDU/CSU eingeschwenkt ist. Durch eine solche Reform werden wir die absurde Situation beseitigen, dass jede Kindergelderhöhung den Kreis der BaföG-Berechtigten verkleinert.

10 Forderungen zur Weiterentwicklung der Alterssicherung in Deutschland

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieber-Jastram, der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Johannes Singhammer, sowie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Rentenversicherung“ in der Sozialstaatskommission 21 der CDU, Andreas Storm, erklärten anlässlich des Gesprächs mit der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Alterssicherung am 20. Januar:

Alle Systeme der Alterssicherung in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Der Generationenvertrag, auf dem die solidarische Rentenversicherung aufbaut, ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. Angesichts dieser Herausforderung gilt es, die Finanzkraft der Rentensicherungssysteme langfristig stabil zu halten und damit eine nachhaltige Entwicklung in der Alterssicherung sicherzustellen. Nur so kann die Leistungsfähigkeit des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der sozialen Sicherheit in Deutschland erhalten bleiben und das bewährte System für die kommenden Generationen gesichert werden.

Angesichts der Herausforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft ist es wichtig, Entscheidungen über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung im Konsens der großen Parteien zu treffen. Die Union wird ihre staatspolitische Verantwortung als Opposition wahrnehmen und hat der Bundesregierung einen Rentenkonsens angeboten. Eine nachhaltige und tragfähige Lösung dieses Problems ist von nationaler Bedeutung, betrifft alle Generationen und ist entscheidend für das Vertrauen der Menschen in unseren Staat. Gerade auch die jüngere

Generation muss sich darauf verlassen können, dass ihre Altersvorsorge langfristig gesichert ist.

Unbeschadet unserer strikten Ablehnung der von der Bundesregierung beschlossenen Abkoppelung der Rentenanpassung von der Nettolohnentwicklung für dieses und das nächste Jahre ist die Union bereit, vorurteilsfrei und parteiübergreifend an einer sinnvollen Lösung mitzuwirken und diese zu verantworten. Ziel einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Rentenpolitik muss es sein, Lösungen zu finden, die auch in einigen Jahrzehnten noch Bestand haben.

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dabei für die folgenden zehn Punkte ein:

Erstens: Die Leistungen der Rentenversicherung sind für viele Millionen Menschen die wichtigste Sicherung gegen die großen Lebensrisiken Alter, Tod und Invalidität. Die Menschen vertrauen in die Stabilität dieser Systeme. Ein grundlegender Systemwechsel ist nicht sinnvoll. Die Grundentscheidung der Rentenreformen 1992 und 1999, das lohn- und beitragsbezogene Rentenumlageverfahren beizubehalten, eine steuerfinanzierte Grundrente sowie eine vollständige Kapitaldeckung der Rentenversicherung abzulehnen und das Versicherungsprinzip, d. h. die Äquivalenz von Beitrag und Leistung, zu stärken, sind nach wie vor richtig.

Zweitens: In Deutschland werden die künftigen Generationen erheblich stärker mit Abgaben belastet als die gegenwärtige, wenn kein grundlegender Politikwechsel eingeleitet wird. Ziel einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Politik muss es daher sein, die Belastungen

der nachfolgenden Generationen abzubauen und langfristig eine ausgeglichene Generationenbilanz zu erreichen. Dies ist nur möglich, wenn der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig auf einem für die Versicherten tragbaren Niveau gehalten wird.

Drittens: Zentrales Element der angestrebten Rentenreform muss eine neue Formel zur Berechnung der Renten sein, die sie zukunftsfähig macht. Die weiteren Steuerentlastungen werden sich in den nächsten Jahren rentensteigernd auswirken, so dass mit einem spürbaren Beitragsanstieg gerechnet werden müsste, würde man an der bisherigen Nettoanpassung unverändert festhalten. Mit einer höheren Rentenanpassung müsste auch gerechnet werden, wenn das Bundesverfassungsgericht für eine stärkere Besteuerung der Renten votiert. Auf diese Entwicklungen muss durch eine Veränderung der Anpassungsformel in der Rentenversicherung reagiert werden. Ein Ansatz, um zukünftig eine sozial gerechte Begrenzung des Rentenanstiegs sicherzustellen, ist der „demographische Faktor“, wie er im Rentenreformgesetz 1999 vorgesehen war.

Viertens: Ein zukunftsfähiges Rentenreformkonzept muss die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Im Wandel begriffen sind insbesondere die Lebensentwürfe und Rollenbilder von Frauen. Die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, neue Familienstrukturen und eine an Gleichstellung orientierte Frauenrolle signalisieren einen gesellschaftlichen Wertewandel, der auch die sozialen Sicherungssysteme erfasst. Eine Reform der Alterssicherung, die langfristig tragfähig sein soll, muss auch diese Entwicklung berücksichtigen. Gefragt sind dabei vor allem Lösungen, die es erlauben, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbessern und diskontinuierliche Erwerbsverläufe abzusichern, und die so zu einer

eigenständigen Alterssicherung der Frauen beitragen. Daher muss jetzt die Ausarbeitung einer tragfähigen und ausgewogenen Reform der Hinterbliebenenversicherung und eine verbesserte Bewertung der Zeiten der Kindererziehung und der Pflege auf der politischen Tagesordnung stehen. Gleichzeitig sollte die Familienkomponente in der Alterssicherung gestärkt werden.

Fünftens: Zur Stärkung des gesamten Systems der Alterssicherung ist ein deutlicher und rascher Ausbau der kapitalfundierten Altersvorsorge im bestehenden System der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung anzustreben. Durch eine Ausweitung der Teilkapitaldeckung in der Alterssicherung würde die gesetzliche Rentenversicherung entlastet und der Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Deutschland gestärkt werden. Daher ist es erforderlich, die Attraktivität der betrieblichen Altersversorgung durch Änderung der steuerrechtlichen und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zu erhöhen. Die nachgelagerte Besteuerung soll für alle Durchführungswege der betrieblichen Alterssicherung gelten.

Sechstens: Die bestehende staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nach dem Vermögensbildungsgesetz ist stärker auf den Bereich der Altersvorsorge auszuweiten. Sie ist nicht nur auf Arbeitnehmer, sondern auf alle Personen mit unterdurchschnittlichem Einkommen zu konzentrieren. Bei der Höhe der Zuschüsse zum Aufbau einer privaten Altersvorsorge könnte eine Familienkomponente berücksichtigt werden.

Siebtens: Die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung für Rentner und Erwerbsgeminderte ist abzulehnen. Es ist zwar richtig, Armut zu bekämpfen. Falsch ist es aber, bei der Altersarmut zu beginnen. Altersarmut hat in den letzten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung verloren. Ende 1997 waren 1,3 % aller Senioren auf Sozialhilfe angewiesen.

Auch entsteht mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung eine „Sozialhilfe de luxe“. Personen ab 65 Jahren und dauerhaft Erwerbsunfähige werden gegenüber anderen Sozialhilfeempfängern bessergestellt. Auch entstünde ein erheblicher Verwaltungsmehraufwand durch den Aufbau von Doppelstrukturen, da zwei Behörden die Einkommensprüfungen durchführen müssten. Statt der Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung sollten die Rentenversicherung und die Sozialhilfe zukünftig besser koordiniert werden.

Achtens: Der im „Bündnis für Arbeit“ beschlossene Ausbau der Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbeginns in Form der „Rente mit 60“ ist abzulehnen. Er ist das falsche Signal, weil hierdurch der Generationenkonflikt verschärft wird. Die jüngere Generation, die schon heute mehr als jede Generation zuvor von ihrem Einkommen an den Fiskus und die Sozialversicherung abgeben muss, würde erneut zur Kasse gebeten, ohne selber von einem vorzeitigen Rentenbeginn profitieren zu können. Auch sind die beschäftigungspolitischen Effekte der Frühverrentung gering. Bei den Frühverrentungsmodellen der Vergangenheit ist auf sieben ausscheidende Senioren gerade mal eine neu eingestellte Jungkraft gekommen. Sollte die Frühverrentung über „Tarriffonds“ finanziert werden, werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber außerdem mit zusätzlichen Zwangsabgaben bzw. Personalzusatzkosten belastet. Erforderlich ist es vielmehr, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben stärker an die Fähigkeiten älterer Arbeitnehmer anzupassen und altersbedingte Defizite durch gezielte Qualifizierung und Weiterbildung in den Unternehmen auszugleichen. Die bestehende Übergangsregelung, nach der die Altersrenten ohne Abschläge in Anspruch genommen werden können, wenn 45 Beitragsjahre zurückgelegt wurden, sollte über den Jahrgang 1941 hinaus verlängert werden.

Neuntens: Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bedürfen dringend einer Reform. Die Aussetzung dieser im Rentenreformgesetz 1999 vorgesehenen Neuregelung durch die Bundesregierung ist abzulehnen. Die Rentenversicherung bleibt damit zunächst mit den für sie versicherungsfremden Leistungen der arbeitsmarktbedingten Erwerbsminderungsrenten belastet. Durch die im Rentenreformgesetz 1999 vorgenommene Begrenzung auf eine gesundheitlich bedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit würde die Rentenversicherung von dem Risiko des Teilzeitarbeitsmarktes konsequent entlastet und das Invaliditätsrisiko sachgerechter zwischen Renten- und Arbeitslosenversicherung aufgeteilt. Für die im Rentenreformgesetz 1999 vorgesehene Abschaffung des Berufsschutzes spricht, dass die Berufsunfähigkeitsrente von geringqualifizierten Versicherten finanziert wird, sie jedoch nur den besser qualifizierten Versicherten zu gute kommen kann. Um Ausweichreaktionen von den vorzeitigen Altersrenten mit Abschlägen zu den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zu vermeiden, sind Abschläge auch bei den Erwerbsminderungsrenten einzuführen.

Zehntens: Im System der Rentenversicherung reagiert werden muss auch auf die Veränderung der Arbeitswelt. Insbesondere durch die neuen Informationstechnologien wird ein zeit- und standortunabhängiger Informationsaustausch, eine Flexibilisierung sowie eine räumliche und zeitliche Abkoppelung von Mensch und Maschine ermöglicht. Die damit verbundene Entwicklung neuer Arbeitsformen und vor allem neuer Formen von Selbständigkeit nötigt zu der Frage, ob das klassische Arbeitnehmerverhältnis weiterhin Anknüpfungspunkt für die Verpflichtung solidarischer Vorsorge sein kann. Auf diese Entwicklung muss im Rahmen einer Rentenreform reagiert werden.

CDU und CSU wollen politikberatende Forschung stärken

Zum Vorhaben der Bundesregierung, eine Deutsche Stiftung Friedensforschung zu gründen, erklärte der Be-richterstatter der CDU/CSU-Bundes-tagsfraktion, Eckart von Klaeden:

Es besteht kein Zweifel, dass in der unüber-sichtlicher gewordenen Welt von heute Friedens- und Konfliktforschung ihren Platz hat. Sicherheit lässt sich heute nicht mehr rein territorial definieren und aus-schließlich militärisch bestimmen. Dem Stabilitätstransfer, der Krisenvorsorge und der Konfliktprävention kommen in Zu-kunft immer größere Bedeutung zu.

Praxisorientierte Politikberatung kann da-zu neben der Administration einen wert-vollen Beitrag leisten. Eine Friedens- und Konfliktforschung, die sich nicht im aka-demischen Elfenbeinturm verkriecht, son-dern die Nähe zur praktischen Politik sucht, hat dabei ihren Platz.

Mit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, mit dem Bundesinstitut für Internationale und Ostwissenschaftliche Studien und mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik verfügen wir über renommierte Institutionen, die Friedens- und Konfliktforschung zum Gegenstand haben und aus Bundesmitteln gefördert werden. Eine neue Stiftung zur Friedens- und Konfliktforschung, wie sie Bundesministerin Bulmahn jetzt dem Bundestag zum Be-schluss vorlegt, ist deshalb überflüssig wie ein Kropf. Sie würde neue bürokratische Strukturen schaffen, die zusätzliches Geld von der Forschung abziehen, und sie würde die allfälligen Bekundungen von Bundes-kanzleramt und Auswärtigem Amt zur Stär-kung der außeruniversitären politikberaten-den Forschung Lügen strafen.

Bereits im Zusammenhang mit dem Um-zug von SWP und BIOST hat die Bundes-regierung ein tieferes Verständnis für die Bedeutung einer außenpolitischen Politik-beratung vermissen lassen. Nur auf massi-ven Druck des Deutschen Bundestages – dankenswerter Weise haben hier die Frak-tionen von CDU/CSU, SPD und FDP an einem Strang gezogen – ist es gelungen, das Bundeskanzleramt von seinen abwägi-gen Vorstellungen zur Verschiebung des Umzuges abzubringen, dies hätte im Re-sultat den Todesstoß für das neue Berliner Institut bedeutet.

Um so verwunderlicher ist es, wenn Bun-desministerin Bulmahn auf einmal in ihrem Haushalt 50 Millionen DM zur sogenann-ten Stärkung der Friedens- und Konfliktfor-schung findet. Wer sich die Liste der Mit-glieder der Struktur- und Findungskom-mission zur Friedens- und Konfliktforschung ansieht, wird mit einiger Verwunderung feststellen, dass es gelungen ist, bei der Auswahl ausschließlich altbekannte Vertre-ter ein- und derselben politischen Schattie-rung zusammen zu bringen: von Egon Bahr bis Ulrich Albrecht, von Dieter Lutz bis Herbert Wulf, von Eva Senghaas-Knobloch bis zu Volker Rittberger haben wir es aus-schließlich mit Wissenschaftlern zu tun, die bislang von sich vor allem durch parteinahe wissenschaftliche Äußerungen Reden ge-macht haben. Man muss kein Prophet sein, um zu erwarten, dass bei so viel Parteilich-keit die wissenschaftliche Unabhängigkeit auf der Strecke bleibt.

CDU und CSU fordern daher, das Geld dem neuen, unter dem Dach der Stiftung Wissen-schaft und Politik entstandenen politikbera-tenden Institut zur Verfügung zu stellen. ■

Alle werden von den Vorzügen der neuen Einrichtung profitieren

Am 20. Januar fand in Dresden in der CDU-Landesgeschäftsstelle die erste Anwenderkonferenz zur neuen ZMD statt. An der Konferenz nahmen die Kreisgeschäftsführer der Sächsischen CDU, Kolleginnen und Kollegen aus der Landesgeschäftsstelle sowie jeweils ein Mitarbeiter der Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der UBG teil.

Im Landesverband Sachsen ist die alte Zentrale Mitgliederdatei (ZMK) im April 1999 auf die neue ZMD umgestellt worden. Jetzt im Januar 2000 sind die Installation und Schulung des neuen ZMD Programms – bis auf einzelne Ausnahmen – in allen Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden abgeschlossen. Dabei wurde das gesamte Verfahren der Mitgliederverwaltung innerhalb der Partei und der Vereinigungen modifiziert. Der Datenaustausch zwischen den Gliederungen und den Rechenzentren ist automatisiert worden.

Es ist klar, dass bei einem so komplexen Projekt der Umstellung der Mitgliederverwaltung nicht alle Probleme im Vorfeld der Installation erkennbar und vermeidbar waren. Auch traf die UBG bei der Installation auf eine sehr unterschiedliche Ausstattungsbasis. In fast jeder Kreisgeschäftsstelle mussten irgendwelche Besonderheiten berücksichtigt werden. So blieb es nicht aus, dass auch bei der Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von „Unmutsäußerungen“ über die neue ZMD ankamen.

Um zu erreichen, dass die neue ZMD möglichst rasch von allen Beteiligten akzeptiert wird, mögliche Fehler umgehend behoben und eventuelle Verbesserungsvorschläge aufgenommen werden können, bieten die Hauptabteilung Organisation

der Bundesgeschäftsstelle und die UBG daher allen Landesverbänden Anwenderkonferenzen zur ZMD an.

Der Erfahrungsaustausch begann mit dem Landesverband Sachsen, weil hier die neue ZMD bereits seit einem Dreivierteljahr im Einsatz ist. Über vier Stunden wurde intensiv über die Anwendung der ZMD diskutiert.

Die Hauptergebnisse:

Es gab keine grundsätzliche Kritik der Landespartei und der Kreisverbände an dem neuen System. Alle Teilnehmer gehen davon aus, künftig von den Vorzügen der neuen ZMD profitieren zu können. Eine

Erste Anwenderkonferenz zur neuen Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) in Sachsen

Fülle von Einzelfragen, insbesondere zur Ummeldung von Parteimitgliedern innerhalb des Landesverbandes, konnte die UBG klären und vor Ort technisch demonstrieren. Es konnten auch wichtige Anregungen zur optimalen Einstellung der Drucker gegeben werden, damit zum Beispiel ein gewünschter Etikettenausdruck zügig erfolgt. Es gab auch Hinweise zu Fehlern bzw. Schwierigkeiten, die der UBG so nicht bekannt waren.

Zum Beispiel würden Differenzen zwischen Selektionsergebnis am Bildschirm und Listenausdruck auftreten. Hier versprach die UBG genaue Prüfung und entsprechende Abhilfe. Zudem wurden Wünsche zu weiteren Möglichkeiten der ZMD geäußert. Zum Beispiel sollte bei der Beitragsverwaltung der durchschnittliche Mitgliederbeitrag in der jeweiligen Gliede-

Beim Weltsozialgipfel steht Rot-Grün mit leeren Händen dar

Anlässlich der Beratungen im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Vorbereitung auf den im Jahr 2000 anstehenden zweiten Weltsozialgipfel erklärten der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus-Jürgen Hedrich und der zuständige Berichterstatter Peter Weiß:

Beim ersten Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen konnte auf Betreiben der deutschen Bundesregierung eins der konkretesten und wichtigsten internationalen Aktionsprogramme beschlossen werden: Die Zwanzig zu Zwanzig Initiative. Demnach sollen Industrieländer durchschnittlich 20% der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsländer durchschnittlich 20% des Staatshaushaltes für soziale Grunddienste zur Verfügung stellen. Zu den sozialen Grunddiensten zählen Grundbildung, Basisgesundheit, Bevölkerungsprogramme,

Ernährungsprogramme, Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Die rot-grüne Bundesregierung sorgt jetzt durch ihre verfehlte Politik dafür, dass beim zweiten Weltsozialgipfel fünf Jahre später ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland mit besonders schlechten Karten dasteht. Schon von 1998 auf 1999 wurde der Anteil der Aufwendung für soziale Grunddienste in der Entwicklungszusammenarbeit von 18,9 auf 17,3% gekürzt. Ab dem Jahr 2000 wird sich dieser Anteil noch weiter reduzieren. Verschärft wird diese Tendenz zudem dadurch, dass der Anteil der Entwicklungshilfe am Bundeshaushalt insgesamt zurückgeht. Lag er 1999 noch bei 1,6% wird er bis zum Jahr 2003 auf 1,3% absacken. Durch ihr schlechtes Beispiel liefert die Bundesrepublik damit den Entwicklungsländern ihrerseits einen Vorwand, die eingegangenen Verpflichtungen aus dem Kopenhagener Weltsozialgipfel ebenfalls nicht einzuhalten.

rung ausgewiesen werden. Ziel ist es, das ZMD-Programm kontinuierlich weiterzuentwickeln. Abschließend wurde vereinbart, etwa einmal im Jahr eine Anwenderkonferenz mit der UBG durchzuführen.

Positiv wurde von den Konferenzteilnehmern auch aufgenommen, dass die UBG im Rahmen ihrer Wartung jetzt auch eine Fernwartungssoftware anbietet. Die Software konnte auf der Tagung von den Kreisverbänden direkt erworben werden. Mit der Installation dieser Software ist die UBG in der Lage, sich mit Zustimmung der jeweiligen Gliederung auf die ent-

sprechende Anlage aufzuschalten und damit eine bessere Unterstützung zu gewährleisten.

Nochmals der Hinweis: Für dringende Fragen und Probleme zur ZMD steht die telefonische Hotline der UBG zur Verfügung (02226) 802-134

Die nächste Anwenderkonferenz zur ZMD findet im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit der UBG und der Bundesgeschäftsstelle statt. ■

● **Da isser wieder!!!!**

CDU-Eiskratzer wieder im Angebot

Auf vielfachen Wunsch gibt es den aus vergangenen Jahren bekannten Eiskratzer in Trapezform wieder in unserem Versandzentrum:

Der Erfolg dieses in Deutschland hergestellten Trapez-Eiskratzers basiert auf seiner besonderen Form durch die der Druck optimal direkt auf die Scheibe weitergegeben wird.



Aktionstip!

Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Über das nützliche und sehr begehrte Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck.

Bestell-Nr.: **9890**

Verpackungseinheit: **100 Expl.**

Preis je 100Expl.: **89,- DM**

zzgl. **16% MwSt.**

● **Damit kommen Sie bestimmt durch den Winter!!!**
Vitamin-Bonbon

Bestell-Nr.: **9560**

Verpackungseinheit: **500 Stück**

Preis je 500 Stück: **35,50 DM**

zzgl. **16% MwSt.**



**Bestellungen richten Sie bitte an das IS-Versandzentrum.
Nutzen Sie dazu den beigefügten Bestellschein.**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Die Winterpause geht zu Ende!
Unser Lederfußball ist mit neuer Gestaltung
wieder im Versandzentrum erhältlich.

Bestell-Nr.:

6914

Verpackungseinheit:

1Expl.

Preis je Expl.:

25,80 DM

zzgl. 16% MwSt.



Aktionstip:

Ein interessantes Fussballjahr steht uns wieder bevor. Neben den zahlreichen nationalen und internationalen Meisterschaften, erwartet uns im Sommer die Euro 2000 (Fussballeuropameisterschaft), mit dem Titelverteidiger Deutschland. Nutzen Sie diese Chance und verlosen zu besonderen Anlässen einen Lederball oder spenden einen Ball an eine Jugendmannschaft.

UiD

3/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-111/3 33. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-1 23. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.